

AKTIONSBÜNDNIS
**WACHSTUMS
WENDE**
BREMEN

KLAR ZUR WENDE

**POLITIK FÜR DIE
WACHSTUMSWENDE
IN BREMEN**



IMPRESSUM

Aktionsbündnis Wachstumswende Bremen, 2019
Förderverein Wachstumswende e.V.
c/o Andreas Siemoneit
Schlesische Straße 32
10997 Berlin
www.wachstumswende-bremen.de
Kontakt: awwb@posteo.de
V.i.S.d.P.: Lukas Warning
Redaktion: Lene Montanus, Ingo Take, Lukas Warning
Gestaltung: Christine Brovkina
Druck: 100% Recyclingpapier, klimaneutral.
dieUmweltDruckerei GmbH

VORWORT

Sie kaufen Dinge, die Sie nicht brauchen, um Leute zu beeindrucken, die Sie nicht mögen, mit Geld, das Sie nicht haben? Dieser Spruch zeigt, wie absurd Konsum manchmal ist. Dazu kommt noch, dass Wachstumsgesellschaften mit ihrer Logik des „höher, schneller, weiter!“ das Klima und die Lebensgrundlagen zerstören. Denn unendliches Wachstum ist auf einem endlichen Planeten nicht möglich. Die Kosten tragen dann andere – seien dies zukünftige Generationen oder Menschen im Globalen Süden.

Seit einigen Jahren wird daher vermehrt eine Überwindung der Fixierung auf Wirtschaftswachstum in Politik und Gesellschaft gefordert. Neben der Energiewende und der Verkehrswende brauchen wir auch eine Wachstumswende. In den Wirtschaftswissenschaften wird von einer Postwachstumsökonomie oder von Degrowth gesprochen. Dies sind Vorschläge für eine grundlegende demokratische Transformation der Gesellschaft, die ein gutes Leben für alle anstrebt, ohne dass dies auf Kosten anderer geht. Wie könnte solch eine Wachstumswende

konkret aussehen? Und was sind Postwachstumspolitiken, vor allem auf der lokalen Ebene?

Das Aktionsbündnis Wachstumswende Bremen macht mit dieser Broschüre einen wunderbaren Aufschlag und zeigt, wie Wachstumskritik ganz konkret gesellschaftlichen und politischen Wandel voranbringen kann – und zwar vor Ort, wo jede und jeder lebt. Wirtschaften und Wachstum, Mobilität und Verkehr, Pflege und Arbeit, und Wohnen – zu all diesen Themen werden Alternativen vorgestellt und den Wahlprogrammen der Parteien auf den Zahn gefühlt. Hier werden Sie Überraschendes finden: Sowohl sehr gute und detaillierte Vorschläge als auch – in den Parteiprogrammen – klaffende Lücken.

Viel Freude bei der Lektüre,
Matthias Schmelzer

Konzeptwerk Neue Ökonomie, Autor des Buches „Degrowth/Postwachstum zur Einführung“, mit Andrea Vetter, Junius Verlag 2019.

INHALTS- VERZEICHNIS

WACHSTUMSWENDE:
EINE KONKRETE
UTOPIE FÜR BREMEN **4**

[01] WIRTSCHAFTEN
UND WACHSTUM **8**

[02] MOBILITÄT UND
VERKEHR **12**

[03] PFLEGE UND
ARBEIT **16**



[04] WOHNEN

20

**UND JETZT?
KLAR MACHEN
ZUR WENDE!**

24

SELBSTVERSTÄNDNIS

26

WACHSTUMS- WENDE: EINE KONKRETE UTOPIE FÜR BREMEN



Stellen Sie sich vor, Bremen hätte das **„Gute Leben für Alle“** zum obersten Ziel ausgerufen! Der Erfolg von Wirtschaft und Politik wird nun am Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen, einer gerechten Teilhabe aller Menschen in Bremen und der gerechten Verteilung des vorhandenen Reichtums innerhalb Bremens – aber auch weltweit – gemessen. Niemand soll mehr auf Kosten anderer leben müssen. **Kooperation, Achtsamkeit und Solidarität** sind die Werte, für die Bremen, ganz in der Tradition der Stadtmusikanten, steht. Vergessen ist die Zeit, in der Wachstumsraten und Finanzierungszwänge das Handeln der Bremer Politik bestimmten und ein Unternehmen Profit machen musste, um gut zu sein. Heute wird für das Gemeinwohl gewirtschaftet und alle Menschen können politische Prozesse direkt beeinflussen und mitbestimmen, auch zwischen den Wahlen. Wohlstand wird nicht länger an materiellem Reichtum gemessen, sondern zum Beispiel an Zeitwohlstand, Wohlbefinden und an den Möglichkeiten jeder

einzelnen Person, ein für sie Gutes Leben zu verwirklichen. Leider sind wir von dieser Utopie in Bremen im Moment weit entfernt – **aber dieses Jahr haben wir die Wahl!** Lassen wir Konkurrenz, Wachstumszwänge und die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Umwelt hinter uns? Befreien wir uns vom Glauben an ein ausschließendes Wirtschaftssystem, das in Politik und Gesellschaft viel Platz einnimmt, aber nur wenigen Privilegierten dient? Kurz gesagt: Schaffen wir die nötigen Voraussetzungen, um eine **Wachstumswende** anzustoßen und Allen die Möglichkeit zu geben, ein Gutes Leben selbstbestimmt gestalten zu können?

Schön wäre es, denken Sie jetzt vielleicht, aber wie soll das gehen?

In dieser Broschüre wollen wir einige Ideen dazu vorstellen, wie die Utopie einer Wachstumswende schrittweise Realität werden kann. Wir skizzieren eine **„Wachstumswende-Politik“**, beleuchten wichtige Themen des Bürgerschaftswahlkampfes

wachstumskritisch und formulieren Alternativen. Diese stellen wir den Positionen in den Wahlprogrammen der großen Bremer Parteien gegenüber.

Das Ziel der Wachstumswende ist das Gute Leben für Alle, und dafür sind (politische) Veränderungen in allen Bereichen notwendig; nicht nur in der Wirtschaftspolitik. Deswegen haben wir vier Themenbereiche ausgewählt, die in Bremen und bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl eine große Rolle spielen: Wirtschaften und Wachstum, Mobilität und Verkehr, Pflege und Arbeit sowie Wohnen.

WIRTSCHAFTEN UND WACHSTUM

Die Grundidee einer Wachstumswende ist eine neue Sichtweise auf und ein anderer Umgang mit Wirtschaft und Wachstum. Unendliches Wachstum auf einem begrenzten Planeten ist als Ziel unmöglich und steht einem Guten Leben für Alle im Weg. Neben den ökologischen Folgeschäden, die das nur an Profit ausgerichtete Wirtschaften erzeugt, fördert es soziale

Ungerechtigkeiten und ein Gegeneinander in der Gesellschaft. Dieses gefährliche und zerstörerische auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaften muss beendet werden. **Wirtschaften muss das Gemeinwohl zum Ziel und ökologische Nachhaltigkeit verinnerlicht haben.**

MOBILITÄT UND VERKEHR

Dieses Thema ist aus mehreren Gründen für eine Wachstumswende wichtig: Jede*r hat das Recht auf ein Gutes Leben in der Stadt. Das kann nur ermöglicht werden, wenn die Stadt menschen- und nicht autogerecht ist, also Barrierefreiheit und Platz zum Begegnen, Spielen und Flanieren bietet und die Luft nicht von Abgasen verpestet ist. Das heißt, dass der öffentliche Raum auch öffentlich sein muss und nicht für Privatautos reserviert sein darf. Bremen braucht **mehr Mobilität und weniger Verkehr**, um die Stadt lebenswert für Alle zu machen und die von Autos und Flugzeugen verursachte Klimazerstörung zu stoppen. Deswegen ist dieses Thema

auch über die Bremer Landesgrenzen hinweg relevant: Luftverschmutzung, Lärm und Klimawandel werden in Bremen mit verursacht, treffen aber vor allem Menschen mit geringem Einkommen in Bremen und weltweit.

PFLEGE UND ARBEIT

Einen großen Teil ihrer Zeit verbringen viele Menschen mit Lohnarbeit – doch es gibt wichtigere Dinge, als für Geld zu arbeiten. Viel zu häufig werden sinnlose oder gar schädliche Dinge produziert, um den Profit weiter zu steigern, während die Arbeitnehmer*innen kaum etwas davon haben. Arbeit muss sinnvoll statt zerstörerisch sein und **Menschen müssen mehr Zeit haben** für Ehrenamt, Sorgearbeit, Politik oder gemeinschaftliche Selbstversorgung. Sie dürfen nicht finanziell für dieses Engagement bestraft werden. Große Ungerechtigkeiten beim Thema Arbeit gibt es im Gendervergleich: Sowohl in Bezug auf Bezahlung und Zugang zu bestimmten Berufen, als auch in der Anerkennung geleisteter

(unbezahlter) Arbeit. Diese Ungerechtigkeiten müssen sichtbar gemacht und abgebaut werden. Dabei muss insbesondere die Sorgearbeit als Beruf und im Privaten aufgewertet werden.

WOHNEN

Soziale Gerechtigkeit darf nicht beim Wohnraum aufhören! Statt steigender Mieten durch profitgetriebene Spekulation brauchen wir eine am Bedarf der Bevölkerung und am Klimaschutz orientierte Wohnraumpolitik. **Wohnraum muss ausreichend und für Alle bezahlbar zur Verfügung stehen.** Immer mehr Flächen zu versiegeln und energieintensiv neu zu bebauen ist aber auch keine gute Alternative. Also sollte die Wohnfläche pro Person ab einer bestimmten Größe begrenzt werden. Beispielsweise **Genossenschaften** können im Bereich Wohnen positive Beispiele liefern. Sie zeigen, wie ein anderes Wirtschaften, auch jenseits des Wohnraumssektors, aussehen könnte.

[01]

**WIRTSCHAFTEN
UND WACHSTUM**





“IMMER MEHR!” IST KEIN GUTES ZIEL

Unendliches Wachstum auf einem begrenzten Planeten kann nicht funktionieren. Klimakatastrophe und Umweltzerstörung sind der Beweis, dass wir heute nicht nachhaltig leben. Aber Wachstum ist auch sonst kein cleveres Wirtschaftsziel: Schon seit Jahrzehnten führt Wachstum nicht zu mehr Glück. Stattdessen zersetzt die Orientierung an Profit und Konkurrenz das gesellschaftliche Miteinander. Statt den vorhandenen Reichtum vor Ort und überall

gerecht zu verteilen, wird einfach “immer mehr” versprochen. Dabei kommt Wirtschaftswachstum fast nie bei denen an, die es brauchen. Politik und Wirtschaft müssen sich an einem Guten Leben für alle Menschen – hier in Bremen und weltweit – orientieren! Eine konsequente Ausrichtung der Wirtschaft am Gemeinwohl muss in Bremen gesetzlich festgeschrieben werden. **Ökologische Grenzen, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe** müssen dabei im Vordergrund stehen. Ob die Wirtschaft “wächst”, ist dann egal.

PARTEIENCHECK

SPD: Wachstum zeigt Erfolg von Wirtschaft, muss bei Beschäftigten ankommen.

CDU: “schnelleres und nachhaltiges Wachstum” erreichen.

GRÜNE: Ökonomischer Erfolg misst sich an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt.

LINKE: “kapitalistische Wachstumslogik” wird als zerstörerisch abgelehnt.

FDP: “klaren Fokus auf wirtschaftliches Wachstum” setzen.

ANDERS WIRTSCHAFTEN

Es gibt in Bremen zahlreiche Initiativen und Unternehmen, die nicht profit- oder wachstumsorientiert arbeiten, sondern sich **am Wohle aller ausrichten**. Ob es sich um Ansätze der Solidarischen Ökonomie, genossenschaftliche Unternehmen, Kreislaufwirtschaft, regionale

Nahversorgung oder Unternehmen in Hand der Mitarbeitenden handelt – das alles muss nicht nur Raum haben, sondern gefördert werden. Nur so lässt sich die Wende hin zu einer Wirtschaft realisieren, die am Wohle aller orientiert ist.

PARTEIENCHECK

SPD: Wird nicht erwähnt.

CDU: Wird nicht erwähnt.

GRÜNE: Stärkung von Unternehmen mit Fokus auf Nachhaltigkeit und Gemeinwohl, von Genossenschaften, solidarischer Ökonomie und Kreislaufwirtschaft.

LINKE: Förderung von Firmen in Belegschaftshand, Solidarischer Ökonomie, Tauschringen, Kleidertauschpartys, Reparaturcafés, Solidarischer Landwirtschaft und nicht gewinnorientierten Unternehmen.

FDP: Wird nicht erwähnt.

ENERGIE UND KLIMA

Wirtschaft, Soziales und Umwelt können nicht als gleich wichtig behandelt werden. Denn **ohne die ökologischen Lebensgrundlagen kann es keine Gesellschaft** und damit keine Wirtschaft geben. Die Wirtschaft muss also den Menschen dienen und darf deren Lebensgrundlage nicht zerstören. Bremen muss zu seiner globalen Verantwortung

stehen, denn hier angerichtete Umweltzerstörungen schaden nicht nur Menschen in Bremen, sondern weltweit und insbesondere im Globalen Süden.

Konkret heißt das, dass zerstörerische Industrien wie Kohleverbrennung und Rüstungsproduktion, aber auch etwa Kreuzfahrten und der Flugverkehr schnellstmöglich abgebaut werden müssen.

PARTEIENCHECK

SPD: Erneuerbare Energien ausbauen; Kohlekraftwerke „baldmöglichst“ schließen; Engagement gegen Rüstungsexporte in Krisenregionen auf Bundesebene; Kreuzfahrtstandort ausbauen.

CDU: Kohleausstieg bis 2030; Kreuzfahrtschiffsverkehr fördern.

GRÜNE: 100% Erneuerbare Energien anstreben; Kohleausstieg bis 2023; Rüstungsunternehmen Transformationsprogramme anbieten;

Konzept „Nachhaltiger Tourismus“ erstellen und Thema Kreuzfahrten einbeziehen.

LINKE: Dezentrale Stromversorgung, die auf regenerative Energien setzt; „schnellstmöglicher“ Kohleausstieg; Produktion der Rüstungsindustrie auf zivile Zwecke umstellen; Rüstungsexporte über Bremische Häfen verbieten.

FDP: Kreuzfahrtstandort stärken.

[02]

**MOBILITÄT UND
VERKEHR**



AUTOFREIE INNENSTADT UND FREIRÄUME STATT PARKRÄUME

Eine **menschengerechte und lebenswerte Innenstadt** braucht mehr Freiräume zum Flanieren, sich Begegnen und Erleben. Die Verkehrssicherheit muss erhöht, Barrierefreiheit überall gewährleistet und die Menschen müssen vor Schadstoff-Emissionen und Lärm geschützt werden. Um den öffentlichen Raum gerechter zu verteilen, müssen Parkflächen reduziert werden und der private Autoverkehr aus der Innenstadt verschwinden. Gleichzeitig gilt es, Mobilität und soziale Teilhabe zu garantieren. Deshalb müssen die Fahrten von Bussen und Bahnen dichter getaktet und für alle ticketfrei sein. Das Rad- und Fußwegenetz muss ausgebaut werden.

PARTEIENCHECK

SPD: Weniger Autoverkehr durch kostenfreie Nutzung des ÖPNV im Kernbereich der Innenstadt.

CDU: Weniger Suchverkehr durch neues Parkleitsystem; Konzept zur City Logistik für die „letzte Meile“.

GRÜNE: Autofreie Innenstadt bis 2030; emissionsfreier Lieferbetrieb in die Innenstadt.

LINKE: Finanzierung klimaverträglicher Verkehrsträger durch konsequente Parkraumbewirtschaftung, illegales Parken stärker kontrollieren und sanktionieren.

FDP: Bremen und Bremerhaven zu modernen Autostädten umgestalten; attraktive und teils kostenlose Parkangebote schaffen.

NEUE RADWEGE STATT NEUE STRASSEN

Wie vielen anderen Städten droht auch Bremen durch das steigende Aufkommen von Fahrzeugen aus der Stadt und dem Umland der Verkehrsinfarkt. Die einfachste Lösung wäre ein Straßenbaumoratorium, da neue Straßen zu noch mehr Verkehr führen. Statt neue Straßen zu bauen und damit auch den Flächenverbrauch zu erhöhen,

sollte Bremen in die **Sanierung und den Ausbau des Umweltverbundes** investieren. Dazu zählen ein besser ausgebauter und ticketfreier ÖPNV in einer autofreien Stadt, Radschnellwege, Vorrangschaltung für Radfahrer*innen und die kostenlose Mitnahme von Rädern in Bus und Bahn.

PARTEIENCHECK

SPD: Sanierung und Ausbau des Radnetzes und des ÖPNV; Stadtticket für 25 Euro pro Monat; schrittweise kostenloser ÖPNV für Kinder und Jugendliche.

CDU: Ausbau der Radinfrastruktur und des ÖPNV; kostenloses Monatsticket für Schüler*innen und Azubis.

GRÜNE: Vervierfachung der Finanzmittel für den Radverkehr; Ausbau des ÖPNV; 365 €-Jahresticket.

LINKE: Bessere Radinfrastruktur und grüne Welle für Radfahrer*innen; besser ausgebauter und ticketfreier ÖPNV.

FDP: Wo möglich separate Fahrradwege bauen; Attraktivität des ÖPNV steigern; kostenloses ÖPNV im Innenstadtbereich.



FLUGVERKEHR REDUZIEREN

Das Flugzeug ist nicht nur das klimaschädlichste Transportmittel überhaupt, sondern es verursacht auch extrem viel Lärm und Luftverschmutzung. Deshalb muss der Flugsektor in Zukunft schrumpfen. Flugverbindungen mit einer Distanz von unter 1000 Kilometern müssen abgeschafft und Kerosin endlich besteuert werden. In Bremen darf auch die Schließung

des verschuldeten Flughafens kein Tabuthema sein. Außerdem muss sich Bremen für die Einrichtung von mehr (Nacht-)Zuglinien im Fernverkehr einsetzen. **Fliegen muss reduziert werden**, denn es ist nur scheinbar billig – die wahren Kosten tragen Menschen weltweit: In Form von Klimakatastrophe, Umweltzerstörung und deren sozialen Auswirkungen.

PARTEIENCHECK

SPD: Flughafen als zentraler Knotenpunkt und Drehscheibe des Verkehrssystems; Reduzierung des Fluglärms.

CDU: Steigerung der Attraktivität des Bremer Flughafens für Flugreisende und Luftverkehrsgesellschaften.

GRÜNE: Flugreisen sollen entsprechend ihrem Beitrag zum Klimawandel den gesellschaftlichen Folgekosten gerecht und damit deutlich teurer werden; konsequente Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr.

LINKE: Keine Flüge, wenn die Bahn die gleiche Strecke in unter drei Stunden schafft; Kopplung der Start- und Landegebühren an ökologische Kriterien; strikte Einhaltung des Nachtflugverbots.

FDP: Investitionen in die Zukunft des Flughafens; Abschaffung der Luftverkehrsabgabe; Prüfung der Ausweitung der Betriebszeiten während der Sommerferienzeit.

[03]

**PFLEGE UND
ARBEIT**



SORGEARBEIT AUFWERTEN

Wir alle sind im Laufe unseres Lebens auf die Hilfe Anderer angewiesen. Diese **Unterstützung leisten zahllose engagierte Menschen**, die mit viel Zeit, Kraft und Einfühlungsvermögen für ihre Mitmenschen sorgen. Bisher sind es überwiegend Frauen, die privat, ehrenamtlich oder beruflich für Kinder, alte oder kranke Menschen und Menschen mit Behinderung sorgen

und damit den **sozialen Zusammenhalt sichern**. Dafür erfahren sie jedoch nicht die notwendige Anerkennung, weder finanziell noch gesellschaftlich. Der Arbeitsalltag von Beschäftigten in der Pflege ist zudem von Arbeitsverdichtung, Druck, Stress und fehlender Zeit für Zuwendung und Gespräche geprägt. Diese Missstände müssen behoben werden!

PARTEIENCHECK

SPD: Ambulante Pflege stärken; auskömmliche Pflegesätze garantieren; Zeit für Gespräch und Zuwendung lassen; Unterstützung pflegender Angehöriger im Alltag.

CDU: Höhere Wertschätzung von Pflegenden; bessere Bezahlung; verbindliche Personaluntergrenzen.

GRÜNE: Soziale und pflegerische Tätigkeiten fair bezahlen

und gesellschaftlich anerkennen; bessere finanzielle Unterstützung pflegender Angehöriger.

LINKE: Mehr Personal und höhere Löhne in der Pflege; Ausbau wohnortnaher Beratung und Betreuung; Sorgearbeit gerecht verteilen und anerkennen.

FDP: Lebensqualität der älter werdenden Bevölkerung erhalten; bessere Ausbildung, Bezahlung und Auslastung von Pflegekräften.

ZEITWOHLSTAND UND ERWERBS- ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Was bedeutet das Gute Leben für Sie? Auf diese Frage antworten zahlreiche Bremer*innen mit: Zeit für mich selbst und die Familie, für Freund*innen, für Musik, Gärtnern, Sport, Ehrenamt und Engagement. Neben guten Arbeitsbedingungen, fairer Bezahlung und einer sinnvollen Tätigkeit hängt die Möglichkeit, ein Gutes Leben führen zu können, eben auch von anderen Dingen ab. Die meisten Menschen messen Wohlstand anhand anderer Werte als an

wirtschaftlichen Kennzahlen. Es ist Zeit, dass auch die Politik den **Wert von Zeit** entdeckt. **Erwerbsarbeitszeitverkürzungen und „Work-Sharing“** können hier ansetzen und zur Besserung der Lebensqualität sowie zur gerechten Umverteilung von unbezahlter (Sorge-)Arbeit beitragen, welche bislang hauptsächlich von Frauen geleistet wird. Sowohl Arbeitslosigkeit als auch die Bedeutung bezahlter Arbeit für die soziale Anerkennung können so reduziert werden.

PARTEIENCHECK

SPD: Ermöglichung von modernen Arbeitszeitmodellen; Wertschätzung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

CDU: Ehrenamt wertschätzen und fördern.

GRÜNE: Keine Aufweichung sozialer Standards durch neue Arbeitsmodelle; „flexible Vollzeit“ (30-40 Stunden) ermöglichen; Prüfung, ob Ehrenamt bei

Schul- und Studienleistungen anerkannt werden kann und Befreiungen für ehrenamtliche Tätigkeit möglich sind.

LINKE: Initiativen und Bündnisse unterstützen, die sich für Arbeitszeitverkürzung einsetzen.

FDP: Mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten.

GUTE ARBEIT UND GERECHTE BEZAHLUNG

Für viele Bremer Erwerbstätige hat die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren zugenommen, während die Löhne gleich geblieben und die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Stresssymptome und psychische Erkrankungen nehmen durch permanenten Druck zu und die Erwerbsarbeit frisst immer mehr von der freien Zeit auf.

Bremen muss diese Missstände politisch bekämpfen und das Ziel von guter Arbeit dabei auch im öffentlichen Dienst konsequent verfolgen.

Allen Menschen muss ein Gutes Leben auch finanziell ermöglicht werden. Die **Überschüsse unseres Wirtschaftens müssen gerecht verteilt** werden. Dazu gehört, dass Frauen endlich gleich viel wie Männer verdienen müssen. Außerdem muss die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Verbindung mit einem festen Maximal-einkommen ernsthaft diskutiert werden.

PARTEIENCHECK

SPD: Faire Löhne; Landesmindestlohn von 12€; Schließung der Gender Pay Gap; Leiharbeit einschränken.

CDU: Angemessene Löhne; mehr Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen; Gender Pay Gap schließen.

GRÜNE: Existenzsichernde Löhne sicherstellen; Landesmindestlohn erhöhen; „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“; Leiharbeit begrenzen; Bremen als Modellprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

LINKE: Landesmindestlohn von 12,63€; Wirtschaftsförderung an gute Arbeitsbedingungen knüpfen; Gender Pay Gap schließen; Leiharbeit beenden; bedingungsloses Grundeinkommen diskutieren.

FDP: Arbeit soll sich finanziell lohnen im Vergleich zu Arbeitslosigkeit; Schließen der Gender Pay Gap ist Unternehmensverantwortung; Leiharbeit ausweiten; Bürger*innengeld im Umfang von Hartz IV zur Grundsicherung.

[04]

WOHNEN



RECHT AUF BEZAHLBAREN UND ÖKOLOGISCHEN WOHNRAUM

Jeder Mensch hat das Recht auf bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum. Doch Spekulation und Profitinteressen treiben die Mietpreise in die Höhe und machen Vielen die Teilhabe an einem Guten Leben unmöglich. Mieten müssen gedeckelt und der vorhandene Wohnraum muss gerecht verteilt werden. Denn **es ist genug Platz für Alle da!** Nicht Spekulationen, sondern die Erfüllung des Rechts auf

Wohnen muss die Wohnraumpolitik lenken. Bremen sollte daher städtische Flächen nur noch im Erbbaurecht vergeben, statt sie an Investor*innen zu verkaufen. Das Land gehört dann weiterhin der Stadt, muss mit Wohnungen bebaut werden und dient nicht der Spekulation. Genossenschaftliche, nicht profitorientierte Akteure sind grundsätzlich zu bevorzugen.

PARTEIENCHECK

SPD: Sozialwohnungsquote auf 30% anheben; mehr Erbbaurecht statt Verkauf öffentlicher Flächen.

CDU: Sozialwohnungsquote von 25% nur stadtweit erreichen, nicht in jedem Quartier; mehr Erbbaurecht.

GRÜNE: Sozialwohnungsquote auf 30% anheben; Abgabe städtischer Flächen nur noch mit Erbbaurecht; weniger private Investor*innen; Mietpreisbindungen ausweiten; Bau- und Mietgenossenschaften fördern.

LINKE: Sozialwohnungsquote auf mind. 30% anheben; Verkauf städtischer Flächen stoppen und stattdessen mehr Erbbaurecht; Enteignung oder Zwangssanierung leerstehender Gebäude; genossenschaftliche Projekte fördern; städtische Wohnraumversorgung gemeinwohlorientiert ausrichten.

FDP: Sanierung von Bestandsimmobilien durch niedrigere Baustandards beschleunigen; (Ver-)Käufe (städtischer) Immobilien erleichtern; Abschaffung der Mietpreisbremse.

WOHNFLÄCHE BESCHRÄNKEN

Die Wohnfläche pro Person wird, auch in Bremen, immer größer. Insbesondere bei der in Bremen steigenden Einwohner*innenzahl führt das zu einem zunehmenden Wohnungsmangel. Bei dem insgesamt begrenzten Wohnraum in Bremen verschärft dieser Trend die Konkurrenz um Wohnraum generell und insbesondere um bezahlbare Wohnungen. Das trifft vor allem Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen und schließt sie von der Teilhabe am Leben in der Stadt aus. Außerdem ist der Energieverbrauch pro Person höher, je größer die von ihr bewohnte Fläche ist. Deswegen muss in Bremen die Wohnfläche beschränkt und die knappe **Fläche sozial gerecht, nachhaltig und umweltschonend genutzt** werden.

PARTEIENCHECK

SPD: Wird nicht erwähnt.

CDU: Wird nicht erwähnt.

GRÜNE: Weniger Wohnfläche pro Person durch Förderung von Umbauten und Umzügen, durch eine Wohnungstauschbörse und gesetzliche Unterstützung von Wohnungstausch sowie durch flexiblere Wohnformen und Grundrisse.

LINKE: Wird nicht erwähnt.

FDP: Wird nicht erwähnt.

VERDICHTUNG STATT FLÄCHENFRASS

In Bremen gibt es viele Baulücken und brachliegende Flächen. Doch statt diese zu schließen und so den Wohnungsmangel zu bekämpfen, werden Neubaugebiete ausgewiesen und zunehmend Flächen versiegelt. Um das **Recht auf bezahlbaren Wohnraum** in der Stadt zu garantieren und gleichzeitig allen ein gutes Stadtleben zu ermöglichen, muss in Bremen eher auf Verdichtung als auf weitere Expansion gesetzt werden. Parks und

Grünflächen dürfen dem natürlich nicht zum Opfer fallen. Der Flächenfraß muss auf jeden Fall gestoppt werden. Eine **behut-same Verdichtung** fördert bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur eine Stadt der kurzen Wege und ermöglicht insbesondere benachteiligten Menschen mehr Teilhabe. Zu einer Verdrängung darf es dadurch nicht kommen.

PARTEIENCHECK

SPD: Mehr Flächen für Wohnungsbau freigeben; Schließung von Baulücken; Wohnungsleerstände verhindern.

CDU: Mehr Neubauf Flächen ausweisen; die zweite Reihe und Lücke bebauen; Verdichtung bestehenden Wohnraums fördern.

GRÜNE: Baulücken schließen; möglichst geringer Flächenverbrauch.

LINKE: Baulücken schließen; Naturschutzgebiete und deren Umgebung erhalten.

FDP: Mehr Baugebiete ausweisen; Brachflächen begrünen.

UND JETZT? KLAR MACHEN ZUR WENDE!

Wie und wofür wir wirtschaften ist kein Naturgesetz, sondern etwas, das wir gestalten können und müssen. **Es gibt Alternativen** zu einer Politik, die vor allem auf Gegeneinander, Profitmaximierung und endloses Wachstum setzt und Menschen und Planet aus den Augen verliert. Wie eine solche Alternative, eine Politik für die Wachstumswende in und für Bremen, aussehen könnte, haben wir in dieser Broschüre anschaulich gemacht.

Wir hoffen, dass wir Ihr Interesse wecken und die eine oder andere Diskussion anstoßen konnten. Wir haben kein Patentrezept für eine Wirtschaft, die sich am Guten Leben für Alle orientiert – und das ist auch gut so. Wir haben aber jede Menge Ideen und möchten zur Debatte darüber einladen.

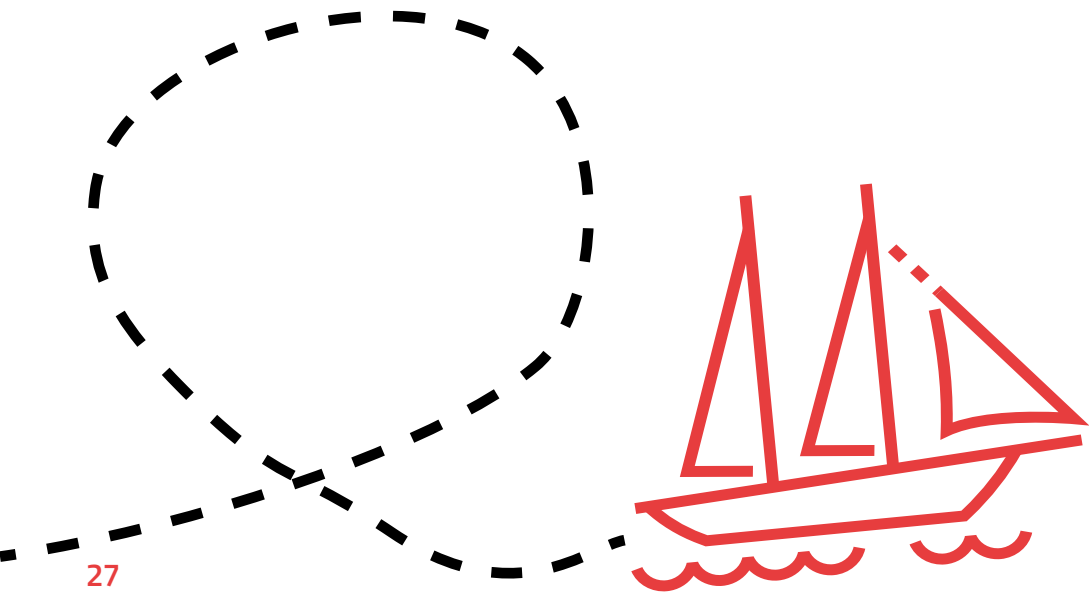
Mischen Sie sich in diesem Wahlkampf und darüber hinaus ein, indem Sie die große Frage, wie und wofür wir wirtschaften wollen, in die Politik tragen. Auch wenn aus unserer Sicht keine einzelne Partei in Bremen "die Wachstumswende" vertritt, möchten wir Sie ermutigen, wählen zu gehen. Denn es macht durchaus einen großen Unterschied, ob **erste Schritte zu einer Wende** unternommen werden oder ob weiter mit Vollgas auf die Klippen zugehalten wird.

Was Sie sonst noch tun können, um schon heute zur Wachstumswende beizutragen? Fangen Sie bei sich selbst an, aber bleiben Sie dort nicht stehen. Es fühlt sich gut an, den eigenen Idealen entsprechend zu handeln. Besonders wirksam für den Klimaschutz sind der Umstieg

auf fossil-freie Mobilität (Auto abschaffen und nicht fliegen) sowie eine Ernährungsumstellung zu biologisch erzeugten und fleischfreien Lebensmitteln. Über das Handeln der*des Einzelnen hinaus braucht es einen **kulturellen und politischen Wandel**. Diese Veränderung ist möglich, kann aber nicht von allein Wirklichkeit werden. Also mischen Sie sich ein! Nehmen Sie sich Zeit für die Themen, die Ihnen besonders am Herzen liegen. Vielleicht haben Sie die Möglichkeit, Ihre Arbeitszeit um einen Tag in der Woche zu verringern – nutzen Sie dies für (politisches) Engagement. Werden Sie gemeinsam mit Anderen aktiv für eine gerechte und gute

Zukunft für alle. Am Ende dieser Broschüre finden Sie eine Übersicht über die Mitglieder des Aktionsbündnis Wachstumswende Bremen. Bestimmt ist auch für Sie etwas dabei.

Gemeinsam können wir dem überkommenen Modell des "immer mehr" etwas Neues entgegensetzen. Eine Politik, die sich statt an Wachstum an der **Bewahrung unserer Lebensgrundlage und an einem gerechten Miteinander** hier in Bremen und weltweit orientiert, ist so viel mehr als nur "Weniger"! Dieser Wandel ist möglich und nötig. Darum machen wir gemeinsam **klar zur Wende!**



SELBST- VERSTÄNDNIS

Das Aktionsbündnis Wachstumswende Bremen versteht sich als Netzwerk und Plattform zivilgesellschaftlicher Akteure in Bremen, die sich für eine Neuorientierung der Wirtschaft in Bremen und umzu einsetzen. Die Mitglieder des Aktionsbündnisses sind Institutionen, Vereine und Gruppen, die sich auf verschiedene Art und Weise für gerechte und zukunftsfähige Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens engagieren. Dabei schätzen sie ihre unterschiedlichen Hintergründe, Herangehensweisen und Stärken wert, arbeiten konstruktiv zusammen und stärken sich nach Möglichkeit gegenseitig.

Die Mitglieder des Aktionsbündnisses verbindet die Überzeugung, dass das Ziel des Wirtschaftens nicht unendliches Wachstum sondern ein gutes und gleichberechtigtes Leben für Alle ist. Das Gute Leben ist dabei an die ökologischen Grenzen des Planeten gebunden. Das Festhalten um jeden Preis am Wirtschaftswachstum hingegen geht

zu Lasten sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. Davon sind vor allem und schon heute Menschen im Globalen Süden betroffen*. Das Aktionsbündnis tritt daher für eine Abkehr vom Wachstumsprinzip ein, das mit Konkurrenzdenken, Konsumismus, steigendem Leistungsdruck und permanenter Beschleunigung einhergeht. Stattdessen streitet es für einen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Wandel hin zu einer Gesellschaft, die von Gemeinwohlorientierung,

* "Mit dem Begriff Globaler Süden wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte, privilegierte Position. [...] Die Einteilung in Süd und Nord ist zwar auch geographisch gedacht, aber nicht ausschließlich. [...] Mit dem Begriffspaar wird versucht, unterschiedliche politische Positionen in einem globalen Kontext zu benennen, ohne dabei wertende Beschreibungen wie z.B. „entwickelt“, „Entwicklungsländer“ oder „Dritte Welt“ zu benutzen." - Glocal e.V. - s. www.glocal.org/?edmc=498, Zugriff am 04.08.2016.

gerechter Güterverteilung, Respekt vor ökologischen Grenzen, Kooperation und Solidarität geprägt ist.

Wir brauchen dazu eine Wirtschaft, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen einen Lebensstil fördern, der nicht auf Kosten anderer geht. Wo nötig, muss das Niveau von Produktion und Konsum verringert werden, um die ökologischen Grenzen zu wahren und heute noch ausgeschlossenen Menschen die selbstbestimmte Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse zu erlauben. Zur Lösung der bestehenden ökologischen und sozialen Herausforderungen muss neben technologische Neuerungen und Effizienz eine Orientierung an Suffizienz treten. Des Weiteren müssen regional verankerte und miteinander vernetzte Wirtschaftskreisläufe in einer offenen Weltgemeinschaft gefördert werden. Entschleunigung, gemeinschaftliche Eigenversorgung und nachhaltiges Handeln müssen attraktiv gemacht, ermöglicht und praktiziert werden. Wir reflektieren rassistische Strukturen unserer Gesellschaft kritisch und möchten zu deren Abbau beitragen. Völkische und rechte Positionen lehnen wir ab.

Die Mitglieder haben sich im Aktionsbündnis Wachstumswende Bremen zusammengeschlossen, um in Bremen und umzu

- politische und ökonomische Veränderungen für eine Wachstumswende anzustoßen und zu begleiten,
- das Thema Wachstumswende in bestehenden Projekten sichtbar zu machen und in die gesellschaftliche Debatte einzubringen,
- Initiativen und konkrete Alternativen anzustoßen und zu unterstützen, die Wege in eine zukunftsfähige Wirtschaft, eine wachstumsunabhängige Gesellschaft und ein gerechtes Miteinander aufzeigen,
- Akteuren, die in diesem Kontext aktiv sind, eine Möglichkeit der Vernetzung und des gegenseitigen Lernens zu bieten
- und als Aktionsbündnis gemeinsam eigene Projekte durchzuführen.

Bremen, März 2019

MITGLIEDS-ORGANISATIONEN



Bremer
entwicklungspolitisches
Netzwerk e.V.



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Heinrich Böll Stiftung : Bremen



sharetopia.de

Gefördert mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes und der Vereinigung für Ökologische Ökonomie.

Vereinigung für Ökologische Ökonomie

MEHR ZUM THEMA WACHSTUMSWENDE ERFAHREN:

LINKS

Aktionsbündnis Wachstumswende Bremen

www.wachstumswende-bremen.de

Einführung mit Video, außerdem Mediathek und Blog

www.degrowth.info/de/was-ist-degrowth

Blog rund um das Thema Postwachstum

www.postwachstum.de

Spannende Broschüre zu Suffizienz

www.bundjugend.de/eine-einfuehrung-in-suffizienz

Diskussionspapier „Postwachstumspolitik: Wohlstand und Lebensqualität für alle“

<http://fokus-wachstumswende.de/politikvorschlaege/>

Politische Forderungen für eine Wachstumswende

<https://degrowth.org/2015/05/15/yes-we-can-prosper-without-growth/>
(englischsprachig)

BÜCHER

Matthias Schmelzer & Andrea Vetter: Degrowth/Postwachstum zur Einführung

Giacomo D'Alisa, Federico Demaria, Giorgios Kallis (Hrsg.): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära

Niko Paech: Befreiung vom Überfluß

Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum

Alle Bücher sind auch in der Stadtbibliothek erhältlich.

